

Parlamentarischer Vorstoss

2026/5997

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Stärkung des Milizsystems: Faire Entschädigung und Deckung des Erwerbsausfalls
Urheber/in:	Fraktion Die Mitte
Zuständig:	Hannes Hänggi
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	25. Juni 2026
Dringlichkeit:	—

Das heutige Milizsystem bevorzugt faktisch Selbständige, Gutverdienende und zeitlich Flexible, während Angestellte, Tieferverdienende und Betreuende sich nur sehr selten für politische Ämter auf Gemeindeebene zur Verfügung stellen. Denn oft kann ein Amt nur bekleidet werden, indem das berufliche Pensum reduziert wird, was wiederum mit einem massiven Erwerbsausfall einhergeht, der mit den Entschädigungen des Amtes nicht kompensiert wird.

Eine sich am Erwerbsausfall orientierte Entschädigung wäre hier ein Hebel, um den Zugang zu Milizämtern zu verbreitern, ohne den Milizgedanken aufzugeben.

Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen und zu berichten, wie kommunale – und soweit zuständig kantonale – Milizämter so entschädigt werden können, dass der tatsächliche Erwerbsausfall gedeckt ist. Im Einzelnen sind insbesondere folgende Fragen zu prüfen:

1. **Wie liesse sich eine am Erwerbsausfall orientierende Entschädigung einführen anstelle der eher tiefen Sitzungsgelder?**
 2. **Soll der Kanton Richtwerte oder Musterreglemente für die Gemeinden bereitstellen (unter Wahrung der Gemeindeautonomie)?**
 3. **Braucht es eine finanzielle Unterstützung für kleine oder finanzschwache Gemeinden?**
 4. **Wie ist die Entschädigung der Landrats- und Kommissionsarbeit im Vergleich zu beurteilen?**
 5. **Wie sind die Entschädigungen steuerlich zu behandeln?**
-